

Nach Protesten und Demos – jahrelange Kritik an Vergabepolitik des Wohnungsgiganten hat jetzt Folgen



Demo vor dem Neuen Rathaus im Februar 1998. Rund 5500 Leipziger Bauleute machten damals ihrem Unmut Luft. Im Kreuzfeuer der Kritik: LWB-Geschäftsführer Klaus Buhrke. Foto: Klaus Dieter Gloger

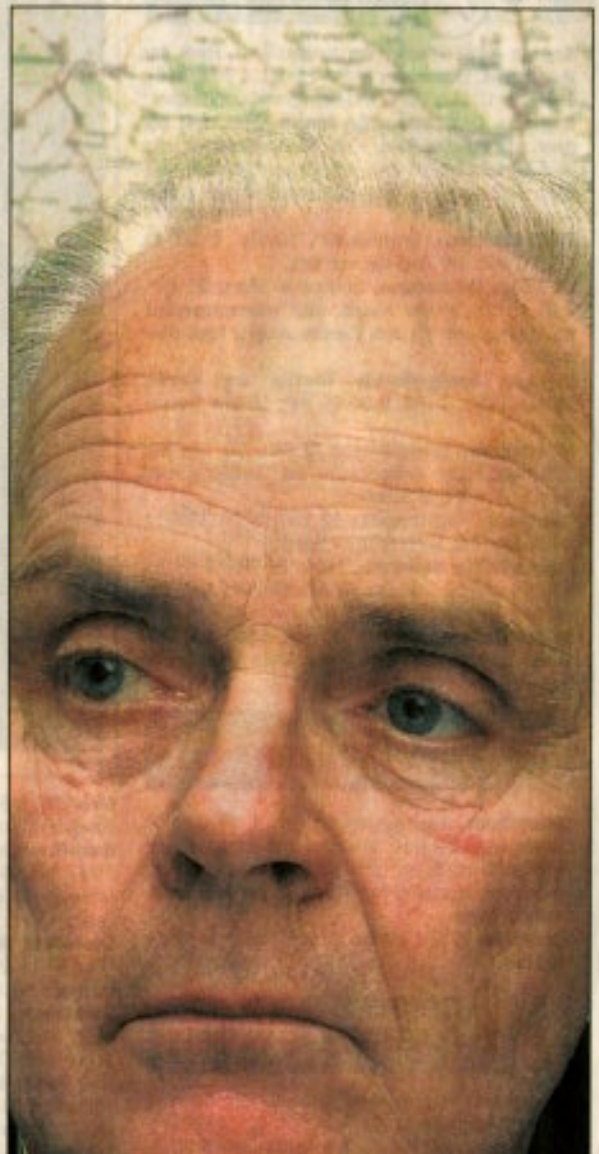
# LWB-Chef Klaus Buhrke kam offenbar Sanktionen zuvor

22.12. 2000

Rechnungsprüfer bestätigen Vorwürfe einheimischer Baufirmen

Die Kraftprobe zwischen Leipziger Mittelständlern und LWB-Geschäftsführer Klaus Buhrke ist entschieden: Der wegen seiner Auftragsvergabe umstrittene Chef der Leipziger Wohnungs- und

Baugesellschaft (LWB) gab gestern entnervt auf und ließ sich beurlauben. Gedrängt zu seinem Rücktritt hat ihn offenbar ein Gutachten, das dem Management mehrere Fehler vorwirft.





Die Kritik an der Auftragsvergabe ist ein Dauerbrenner: Bereits vor zwei Jahren hatten 5500 Bauarbeiter vor dem Neuen Rathaus gegen die Vergabepolitik des städtischen Wohnungsgiganten protestiert und noch größere Protestaktionen angekündigt. Buhrke, der seit 1992 bei der LWB beschäftigt ist, wies die Proteste jedoch als unbegründet zurück. Die Stadtverwaltung und der Aufsichtsrat des Unternehmens gaben daraufhin ein Gutachten in Auftrag, das den Vorwürfen auf den Grund gehen sollte. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt nahm das Unternehmen mehrere Monate unter die Lupe und kam nach LVZ-Informationen zu dem Schluss, dass die Kritik der heimischen Bauwirtschaft alles andere als unbegründet ist.

So soll der 60-jährige Buhrke das Acht-Punkte-Programm ignoriert haben, mit dem sich die LWB verpflichtet hat, die einheimische Bauwirtschaft zu unterstützen. Das Programm legt fest, dass Aufträge nur an Firmen gehen, die 20 Prozent der Bauleistung mit eigenen Kräften erbringen. Bei Großvergaben soll Buhrke solche Nachweise kaum abgefordert haben. Millionenaufträge, die Arbeitsplätze in der Region sichern sollten, seien so an Firmen gelangt, die nur wenige heimische Bauleute beschäftigen.

Einen noch größeren Fehlgriff leis-

ten die Manager bei so genannten Ersatzvergaben für ein geplatzt Leasinggeschäft: Er erteilte mehrere Großaufträge im Gesamtumfang von rund 60 Millionen Mark ohne Ausschreibung an die Niederlassungen zweier großer Baukonzerne (die LVZ berichtete). Buhrke begründete dies damit, dass die beiden Unternehmen Schadenersatz wegen entgangener Gewinne hätten fordern können – nach Ansicht der Prüfer bestand dafür keine rechtliche Verpflichtung. Die Firmen hätten die LWB nicht in Haftung nehmen können, heißt es.

Im Neuen Rathaus schlug der Prüfbericht ein wie eine Bombe. In mehreren Spitzengesprächen wurde über Konsequenzen beraten. Buhrke kam mit seinem Rücktritt offenbar einer Entscheidung zuvor. Er selbst begründete seinen Schritt mit der Sorge, dass



Über die umstrittene Auftragsvergabe der LWB berichtete die LVZ mehrmals – auch im Juni dieses Jahres.

das Unternehmen und seine Gesundheit Schaden nehmen könnten.

LWB-Aufsichtsratschef Ludwig Burkardt zollte dem LWB-Chef dafür gestern seinen Respekt. Buhrke habe

in den letzten Jahren festerführend die Umstrukturierung des Unternehmens vorangetrieben. Er soll zu einem späteren Zeitpunkt angemessen verabschiedet werden. Aus Burkardts Sicht enthält der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes keine ausreichenden Gründe, um Buhrke von seiner Tätigkeit zu entbinden. Über die Inhalte des Berichtes wollte er aber nicht sprechen, bevor das Dokument allen Aufsichtsratsmitgliedern zugegangen ist. Burkardt betonte, dass aus seiner Sicht bei der LWB keine weiteren personellen Veränderungen anstehen – abgesehen von der Suche nach einem Nachfolger Buhrkes.

Mit leeren Händen steht der zurückgetretene Geschäftsführer nicht da. Der Aufsichtsratschef kündigte eine „angemessene Entschädigung“ für ihn an, weil Buhrkes Vertrag normalerweise noch eineinhalb Jahre laufen würde. Er soll jetzt „die Differenz zwischen seinen Ruhestandsbezügen und dem noch ausstehenden Gehalt“ bekommen.

Viel Glück hatte die LWB bislang mit



Zurückgetreten: Klaus Buhrke.

Foto: V. Heinz

ihren Chefs nicht. Erst vor zwei Jahren wurde der umstrittene Rainer Wagner geschasst. Ihm war vorgeworfen worden, einen 112-Millionen-Mark-Auftrag eigenmächtig an ein Berliner Unternehmen vergeben zu haben. Über die Höhe von Wagners Abfindung wurde Stillschweigen vereinbart. Zuvor hatte schon Karl Trabalski dem Unternehmen einen dreistelligen Millionen-Verlust beschert.

Andreas Tappert/Andreas Dunte  
Lesen Sie dazu auch „Meine Meinung“